

Der Vollzugsdienst

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

3/2017 – 64. Jahrgang

Anforderungen steigen stetig: Bewerbermangel im Justizvollzug

BSBD: Landesregierungen sollen Lösungsstrategien entwickeln

Seite 1

Denkmalgeschütztes Hafthaus nach Sanierung eingeweiht

Bützow wird zur hochmodernen JVA des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Seite 37

Armin Laschet (CDU) stößt Hannelore Kraft (SPD) überraschend vom Thron

Landtagswahl NRW: CDU und FDP müssen jetzt liefern

Seite 43



Dreitägiges Bundesseminar in der dbb Akademie Königswinter



Bundesvorstand



Baden-Württemberg



Sachsen/Thüringen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Anforderungen steigen stetig:
Bewerbermangel im Justizvollzug
- 2 Bundesseminar in Königswinter:
„Alter, was geht ab!“
Gefangene mit Migrationshintergrund
im Justizvollzug
- 2 Treffen der Landesfrauenvertretungen
des BSBD – Arbeitskreis tagte vom
31. März bis 1. April in Königswinter
- 3 Seniorenpolitische
Fragestellungen des BSBD
zur Bundestagswahl 2017

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 20 Berlin
- 23 Brandenburg
- 27 Bremen
- 28 Hamburg
- 33 Hessen
- 37 Mecklenburg-Vorpommern
- 40 Niedersachsen
- 43 Nordrhein-Westfalen
- 57 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 67 Schleswig-Holstein
- 69 Thüringen

FACHTEIL

- 73 § 12 StVollzG NRW
Verlegung in den offenen Vollzug
- 74 § 43 StVollzG NRW
Anspruch auf tägliches Duschen



Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Axel Lehrer	axel.lehrer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 4-5/2017:

⇒ ⇒ 15. September 2017

Treffen mit sächsischen Kollegen

BSBD-Landesverbände streben Dienstvereinbarung an

Eckdaten zum Personalübergang sollen erarbeitet werden

Am 23. und 24. März 2017 fand ein gemeinsames Treffen von Vertretern der Landesvorstände des BSBD Sachsen (S. Völker-Eckart, R. Selle, E. Lüpke, U. Leichsenring) und Thüringen (S. Luft, U. Allgäuer, U. Hoßfeld, J. Bursian) in Jena statt.

An dem Treffen haben entsprechend den Beschlüssen unseres Landeshauptausschusses auch Vertreter der Ortsverbände Hohenleuben (**Jörg Albert**) und Gera (**Enrico Dietz**) teilgenommen. Mit **René Selle** (Landesvorsitzender **BSBD** Sachsen und stellv. Bundesvorsitzender des **BSBD** und stellv. Landesvorsitzender des **sächsischen Beamtenbundes**) sowie **Uwe Allgäuer** (stellv. Landesvorsitzender **BSBD** Thüringen) waren auch die Vorsitzenden der jeweiligen Hauptpersonalräte anwesend.

Konkrete Fragen zum „Personalübergang“

Nach einem allgemeinen Austausch zu aktuellen Entwicklungen im Justizvollzug beider Länder waren vor allem konkrete Fragen an die Kollegen aus Sachsen im Zusammenhang mit dem Personalübergang nach bzw. bei Eröffnung der Justizvollzugsanstalt Zwickau-Marienthal zentraler Schwerpunkt des Treffens.

Die Kollegen haben uns mitgeteilt, dass die sächsischen Justizvollzugsanstalten voll belegt sind und die Gefangenenzahlen weiter steigen. Der **BSBD** Sachsen geht davon aus, dass die JVA Zeithain

entgehen früherer Vorhaben bei der Inbetriebnahme der neuen JVA Zwickau Marienthal nicht geschlossen werden kann und nur die JVA Zwickau (alt) geschlossen wird. Damit wird im westsächsischen Raum ein hoher Personalbedarf bei Eröffnung der neuen Anstalt bestehen. Die Kollegen aus Thüringen werden in Zwickau gebraucht.

Der Neubau der JVA Zwickau Marienthal spielt in Sachsen gegenwärtig keine größere Rolle, ein Fertigstellungstermin ist auch dort nicht bekannt. Allerdings sei festgestellt worden, dass die Entsorgungskosten noch höher ausfallen werden und sich der Bau weiter verzögern könne.

In Sachsen erfolgen derzeit Einstellungen im AVD in größerem Umfang auf Grund steigender Belegungszahlen und in Folge besonderer Vorkommnisse. Der früher bestehende Stellenabbaupfad wurde gestoppt und zusätzliche Stellen, vor allem im AVD, geschaffen.

Die Bewerberlage ist allerdings schlecht, so dass trotz Abstrichen bei der Auswahl nicht alle Stellen besetzt werden können. Die Stellenbewirtschaftung erfolgt im mittleren Dienst in Sachsen durch die Anstalten, es gibt keine Dienstpostenbewertung. Beförderungen sind nicht an zentrale Termine gebunden und können vorgenommen werden, wenn Stellen frei sind. Dadurch ist das Beförderungssystem transparenter. Es gibt aber leider auch in Sachsen Kollegen, die mit dem Eingangssamt in den Ruhestand versetzt werden.

Versetzungen gegen den Willen der Beschäftigten sind in Sachsen entgegen früherer Jahre nicht mehr üblich, da die Folgen (Arbeitszufriedenheit, Krankenstand usw.) beim Dienstherrn bekannt geworden sind und aus früheren Fehlern gelernt wurde.

Die sächsischen Kollegen gehen daher nicht davon aus, dass Abordnungen von dann ehemaligen Thüringer Kollegen von der JVA Zwickau ohne ihre Zustimmung an andere Justizvollzugsanstalten erfolgen werden. Dies ist auch bei sächsischen Kollegen kaum noch der Fall.

Das Beihilfesystem ist mit dem Thüringer System vergleichbar. Es gibt aber auch Unterschiede. In Sachsen erfolgt ein jährlicher Einbehalt von 40,00 Euro (wird von den Leistungen abgezogen). Positiv ist allerdings, dass in Sachsen der Beihilfesatz von 70 % für Beamte mit zwei Kindern auch dann erhalten bleibt, wenn die Kinder volljährig werden. Das Grundgehalt ist in Sachsen in den meisten Besoldungsgruppen etwas höher.

Wie geht es weiter ?

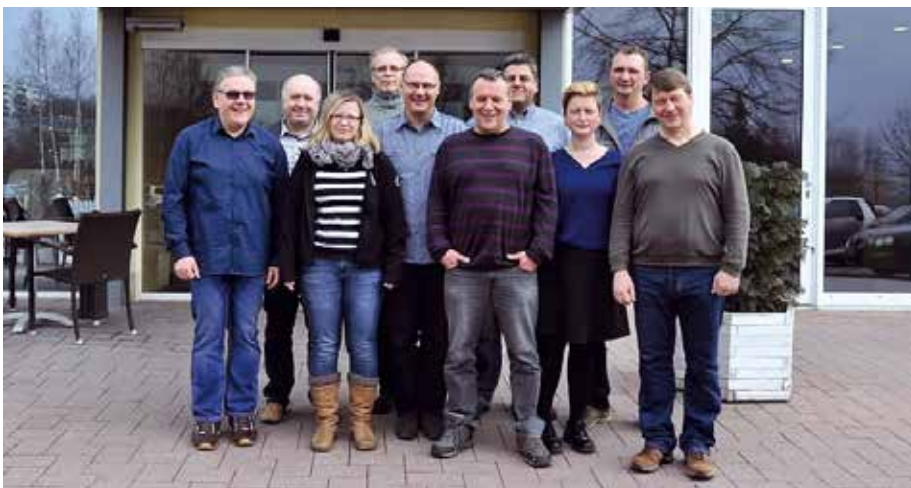
Wir haben vereinbart, dass sich die beiden **BSBD**-Landesverbände – zunächst jeder in seinem Land – für eine zeitnahe Erarbeitung von Eckdaten für die Verwaltungsvereinbarung zum Personalübergang einsetzen.

Der **BSBD** Sachsen will sich dann über die Personalvertretung bei seinem Ministerium für den Abschluss einer Dienstvereinbarung einsetzen, die einen weitgehenden Ausschluss von Versetzungen ehemaliger Thüringer Beamter an andere sächsische Anstalten und eine weitgehende Garantie einer dienstlichen Verwendung in Zwickau enthalten soll.

Über die Besetzung der Dienstposten in neu gebauten Anstalten hat in Sachsen in der Vergangenheit eine Kommission, zu der auch Vertreter der Personalräte gehörten, entschieden.

Gemeinsam wollen wir uns für eine paritätische Besetzung einer solchen Kommission einsetzen, um die Interessen unserer Kollegen zu vertreten.

Wir haben beschlossen, unsere Zusammenarbeit weiter fortzusetzen und uns erneut zu treffen. *Der Landesvorstand*



Vertreter der BSBD-Landesvorstände aus Sachsen und Thüringen trafen sich in Jena.



Kredite ablösen und Wünsche erfüllen – Freiräume schaffen

Beamtdarlehen zu **Bestkonditionen bis 100.000 Euro & niedrigen Monatsraten**

Unverbindliches Angebot unter: **030 / 4081 6444** oder www.dbb-vorsorgewerk.de/bd



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

Anzeichen für eine Verbesserung der Zusammenarbeit

BSBD trifft sich zum Gespräch über aktuelle Fragen mit Abteilungsleiter Thomas Schneider

Mit unserer Information 09/17 hatten wir die aktuelle Zusammenarbeit mit dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz deutlich kritisiert, nachdem sich das TMMJV im Newsletter „Wir im Vollzugsdienst“, Ausgabe 1/2017 für die „gute Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften“ bedankt hatte.

Wir hatten darauf hingewiesen, dass nahezu alle unsere Anfragen ohne Antworten geblieben sind und sowohl der **BSBD** als auch die Personalvertretungen im Vorfeld wichtiger Entscheidungen nicht beteiligt werden und vorgebrachte Argumente quasi ignoriert werden.

Zwischenzeitlich gibt es Anzeichen dafür, dass das TMMJV eine Verbesserung anstrebt, was uns natürlich freut. Anzeichen für diese Verbesserung sind das an uns gerichtete Schreiben des Ministers zur Angleichung der JVA-Zulage an die

Polizeizulage sowie sein Schreiben zur Schließung der JVA Gera an den **Tbb**. Auch wenn die mitgeteilten Ergebnisse uns in vielen Punkten nicht zufriedenstellen können und der Inhalt weitere Fragen aufwirft, muss dies als Achtungszeichen anerkannt werden.

Noch am Tag der Veröffentlichung unserer o.g. Information hat uns Herr **Schneider** (Abteilungsleiter Justizvollzug im TMMJV) ein persönliches Gespräch zur weiteren Zusammenarbeit und zu aktuellen Fragen angeboten.

Dieses Gespräch hat dann am 16. Mai 2017 im TMMJV stattgefunden, der **BSBD**-Landesvorstand war nahezu komplett vertreten.

Wir hoffen, dass damit eine echte Zusammenarbeit beginnt und unsere Argumente insbesondere hinsichtlich der Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie zur Stellenbewertung (Dienstpostenbündelung) spürbar Gehör finden, weil es sich

hierbei um Themenfelder handelt, die relativ eigenständig ressortintern gestaltet werden können. Dann wird sich sicherlich bald zeigen, ob eine echte Zusammenarbeit gewollt ist, oder wir weiterhin, wenn überhaupt, nur formal in Kenntnis gesetzt werden.

Der Landesvorstand, J. Bursian

Übrigens:

*Nicht nur wer bereits Mitglied des **BSBD** ist, kann sich bei allen Fragen in beruflichen Angelegenheiten an uns wenden.*

Wir vertreten als Fachgewerkschaft die Interessen aller Beschäftigten im Justizvollzug und sind für gute Argumente und Probleme offen.

*Natürlich hat eine Mitgliedschaft im **BSBD** für einen geringen Mitgliedsbeitrag besondere Vorteile, über die wir Sie/Euch auf Wunsch gerne informieren.*

Berechtigte Forderung nach Angleichung anerkannt

Minister Dieter Lauinger beantwortet Anfrage des BSBD Thüringen

- Angleichung der JVA-Zulage sowie Stellenhebungen in Haushaltsverhandlungen nicht durchgesetzt.
- Anfrage an Landtagsfraktionen blieben unbeantwortet.

Mit Schreiben vom 3. Mai 2017 hat uns Minister **Dieter Lauinger, BÜNDNIS 90/Die Grünen**, zu unserer Anfrage (Schreiben vom 30. Januar 2017) mitgeteilt, dass er sich zwischenzeitlich in den Haushaltsverhandlungen sowohl für Stellenhebungen als auch die Angleichung der JVA-Zulage an die Polizeizulage eingesetzt habe, aber mit seinen Forderungen nicht durchgedrungen sei.

Trotzdem habe er dieses Ziel nicht aufgegeben und will sich weiter dafür einsetzen, dass dieses gemeinsame Anliegen bei der nächsten Haushaltsaufstellung Erfolg habe.

Im Übrigen hat er darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Haushaltsverhandlungen Mittelmehrungen, die aus seiner Sicht vor allem der Verbesserung des Arbeitsumfeldes der Beschäftigten dienen, durchgesetzt werden konnten.

Auch wenn die Forderungen zur Angleichung der Zulage und zu Stellenhebungen aktuell nicht umgesetzt werden, ist es doch das erste Mal, dass ein Minister diese Forderungen als berechtigt anerkennt und mitteilt, dass er diese in den



Minister Dieter Lauinger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Foto©: www.thueringen.de



BSBD-Landesvorsitzender Jörg Bursian.

Haushaltsverhandlungen auch vertritt. Bisher war es leider so, dass die Verantwortung zwischen den Ministerien und Parteien hin und her geschoben wurde. Noch im Februar hatte uns die Finanzministerin schriftlich mitgeteilt, dass ihr solche Forderungen aus dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz überhaupt nicht bekannt sind.

Zu Beginn vorigen Jahres hatte uns die Fraktion „**Die Linke**“ schriftlich mitgeteilt, dass die mögliche Angleichung der Zulage für die Tätigkeit in Justizvollzugseinrichtungen in Angleichung an die Zulage für Beamte mit vollzugspolizeilichen Aufgaben laut Auskunft des zuständigen Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz derzeit nicht beabsichtigt sei.

Die **SPD**-Fraktion hat dies ebenfalls so mitgeteilt. Die **CDU**-Fraktion hatte mitgeteilt, dass sie sich für eine Angleichung einsetzen werde.

Mit unserem Schreiben vom 23. März 2017 hatten wir im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtensoldung alle Fraktionen an ihre Mitteilungen zur Angleichung der Zulage erinnert. Eine Reaktion ist durchweg ausgeblieben.

J. Bursian, Landesvorsitzender

Alternativvorschlag abgelehnt

Ministerium hält an Schließung der JVA Gera fest

Am 7. April 2007 wurde den Beschäftigten der JVA Gera mitgeteilt, dass das TMMJV an den Schließungsplänen der JVA Gera festhalten wird. Es wurde entschieden, den Umlauf zur JVA Goldlauter zu verlagern.

Am gleichen Tag wurde dann auch der BSBD vom TMMJV unterrichtet. Herr Schneider (Vizepräsident LG Erfurt, Abteilungsleiter Justizvollzug im TMMJV) hat seine Mitteilung mit einem Gesprächsangebot verbunden, welches wir natürlich angenommen haben.

Bereits mit Schreiben vom 6. April 2017 hatte der **tbb** den Minister darauf hingewiesen, dass seine im persönlichen Gespräch am 23. Februar 2017 (siehe auch Vollzugsdienst 2/2017, Seite 75) versprochene schriftliche Antwort immer noch aussteht und darauf hingewiesen, dass erneut keine Beteiligung erfolgte. Zudem wurde die ausbleibende Zusammenarbeit (s. auch diesbezüglicher Artikel in dieser Ausgabe) scharf kritisiert. Zwischenzeitlich liegt auch eine schriftliche Antwort des Ministers an den **tbb** vor. Seitens des TMMJV bestehen danach keine Zweifel, dass die vorhandenen Haftplätze ausreichen. Der Umstand, dass der Anteil an gemeinschaftlicher Unterbringung, bei dem Thüringen jetzt schon im Bundesvergleich mit deutlichen Abstand führt, weiter steigen wird, und die sich daraus eventuell ergebenden Probleme werden also bewusst in Kauf genommen. Auf die Frage, wie viele Be-

dienstete aus dem Ostthüringer Raum an andere Anstalten versetzt oder abgeordnet werden sollen und wie viele ohne ihre Zustimmung wurde mitgeteilt: „Nach aktuellem Stand werden vier Bedienstete an Anstalten außerhalb Ostthüringens versetzt, alle auf ausdrücklichen Antrag.“ Hinsichtlich unseres Alternativvorschlags hat der Minister folgendes mitgeteilt: „Ich habe am 4. April 2017 nach Abwägung der relevanten Umstände entschieden, dass die umlaufleitende Behörde in die JVA Goldlauter verlegt wird.“

In der **OTZ** vom 29. April 2017 – <http://www.otz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Reformen-Bahn-und-Tourismus-in-Ostthueringen-Ministerpraesident-Ramelow-im-OTZ-870564852> – war unter der Überschrift: „Thüringens Ministerpräsident **Bodo Ramelow** spricht im **OTZ**-Interview über die Gebietsreform, die Mitte-Deutschland-Schiene, die Hölentalbahn und die Tourismus-Hürden in Ostthüringen“ folgendes zu lesen: **Auf die Frage: ... Was verbessern die Reformen?**, antwortete der Ministerpräsident folgendermaßen: ... „Sie bringen mehr Effizienz und darüber hinaus leistungsfähige Behörden. Wir dürfen nicht vergessen, wir stehen vor der größten Verrentungswelle im öffentlichen Dienst. Es gibt zahlreiche Alarmmeldungen über fehlendes Personal. Für das Land hat sich die Hoffnung, über den Weg der Verbeamtung leichter Personal zu finden, noch lange nicht erfüllt. Unter anderem ist die Schließung des Gefängnisses in Gera auch



Ministerpräsident Bodo Ramelow.

Foto©: DIG | TRIALON, Thomas Kläber/wikipedia.de

deshalb notwendig, um andere Bereiche wieder mit ausreichend Personal zu versorgen.“

Diese Aussage nährt den bei uns schon länger bestehenden Verdacht, dass die Schließung der JVA Gera alleine aus einer verfehlten Personalpolitik resultiert.

Die Aussage des Ministerpräsidenten, die den Eindruck erweckt, dass das Land trotz Verbeamtung kein Personal finde, ist im Justizvollzug allgemein und dem gewählten Zusammenhang zur JVA Gera grotesk. Bereits seit 2015 weist der **BSBD** auf die mangelhafte Personalausstattung hin. Es liegt in der Natur der Sache, dass man kein Personal findet, wenn man nicht einmal sucht. Aus Sicht des **BSBD** sind im Zusammenhang mit der Schließung der JVA Gera noch längst nicht alle Fragen beantwortet.



Foto: Alsu Khazeeva/123RF.com/freie Bilder

„100 Kugeln in die Vollen“

Die Deutschen Kegel-Meisterschaften der Justiz fanden in Wasungen statt

Bereits zum zweiten Male fanden auf der Classicbahn der Bundeskegelbahn in Wasungen die Deutschen Kegelmeisterschaften der Justizvollzugsbediensteten statt.

Aus acht Bundesländern Deutschlands, von Niedersachsen bis Bayern, von Brandenburg bis Nordrhein-Westfalen, ermittelten etwa 80 Teilnehmer ihren diesjährigen Meister. Neben den Einzelwertungen für Männer und Frauen gibt es außerdem eine Mannschaftswertung für die 11 teilnehmenden JVA'en. Für die Teamwertung erfolgt allerdings keine Trennung zwischen den Geschlechtern, da es da heißt, wie im Vollzug auch, gemeinsam ist man stark.

Gekegelt werden 100 Kugeln in die Vollen, um den Besten der Besten küren zu können. Insgesamt ist es schon die 17.

Deutsche Meisterschaft, welche jeweils von der gastgebenden Justizvollzugsanstalt organisiert und durchgeführt wird. Diesmal ist es wieder die JVA Untermaßfeld auf der Bahn in Wasungen.

Das Organisationskomitee um den ehemaligen deutschen Einzelmeister **Hartmut Bohn** zeigte sich im Vorfeld zufrieden mit dem Stand der Vorbereitungen und möchte sich gleichzeitig beim Thüringer Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz für die finanziellen Mittel, bei der Stadt Wasungen für die Bereitstellung der Bundeskegelbahn, sowie bei der Gemeinde Walldorf für die Bereitstellung des Kresshofes bedanken.

Im Kresshof hat dann zum Abschluss die Siegerehrung stattgefunden. Neben einem kleinen Kulturprogramm konnte zu späterer Stunde auch noch das „Tanzbein“ geschwungen werden.